

NZ Artikel vom 11.10.2013

Für Menschen, die sich keine medizinische Versorgung leisten können: Ein Hilfsfonds braucht selbst Hilfe

Auch im reichen Deutschland fallen bei der medizinischen Versorgung immer mehr Menschen durch den Rost. Die Arbeitsgemeinschaft „Menschen ohne Krankenversicherung“ kümmert sich seit über vier Jahren um solche Fälle. Durch den Hilfsfonds „Armut und Gesundheit“ konnte zumindest eine medizinische Basisversorgung sichergestellt werden. Doch die Mittel aus diesem Fonds sind nun fast aufgebraucht. – Ein Hilferuf.

„Wir verlieren den Boden unter den Füßen!“, schlägt Dr. Fred-Jürgen Beier Alarm, der Leiter des städtischen Gesundheitsamts. Die ersten Rechnungen konnten schon nicht mehr beglichen werden. Zusammen mit Roland Stubenvoll, dem Leiter der Caritas-Straßenambulanz „Franz von Assisi“, wendet er sich zum ersten Mal an die Öffentlichkeit, um an die Spendenbereitschaft der Bürger zu appellieren. Stubenvoll betont, die Arbeit in der Straßenambulanz sei „sehr stark auf Goodwill und Engagement einzelner Personen aufgebaut und extrem von Spenden abhängig“.

Es trifft längst nicht nur Bürger mit Migrationshintergrund oder Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus. Auch immer mehr Deutsche können sich keine – oder keine ausreichende – Krankenversicherung mehr leisten. Oft fehlt einfach das Geld für eine Fahrkarte, um zum Arzt zu kommen. Auf Initiative von Oberbürgermeister Ulrich Maly gründete sich deshalb in Nürnberg die AG „Menschen ohne Krankenversicherung“, die vom Gesundheitsamt koordiniert wird: In der Stadt der Menschenrechte sollen alle ausreichend medizinisch versorgt werden. „Der Zugang dazu muss de facto möglich sein und ohne Diskriminierung geleistet werden“, unterstreicht Martina Mittenhuber diesen Anspruch.

Die Leiterin des städtischen Menschenrechtsbüros berichtet, dass Nürnberg über den Deutschen Städtetag schon mehrfach einen Vorstoß unternommen habe, um mit dem Problem fertig zu werden, das in Großstädten geballt auftrete. „Aber noch zeichnet sich keine bundesweite Lösung ab.“ Mittenhuber stellt auch die Frage, ob es Aufgabe einer Stiftung sein kann, fortlaufend Mittel für die medizinische Grundversorgung von Menschen zur Verfügung zu stellen.

Renate Scheunemann engagiert sich im Gesundheitsamt besonders stark für diesen Themenbereich. Aus ihrer Praxis nennt sie Beispiele, wie Menschen ohne eigenes Verschulden in eine Krankenversicherungslücke geraten können. So bekam eine in ihrer Heimat korrekt versicherte Frau aus Bulgarien von einem Frauenarzt in Deutschland die – falsche! – Auskunft, diese Versicherung gelte hier nicht. Daraufhin kündigte die Patientin ihre Versicherung in Bulgarien. Doch deutsche Krankenkassen lehnten die Frau ab – schon stand sie ohne Versicherung da.

Auch wenn Nürnberg das Glück hat, dass es hier eine Straßenambulanz wie die der Caritas gibt, so stößt die Belastbarkeit von deren Mitarbeitern inzwischen an ihre Grenzen. Ehrenamtliche Kräfte kümmern sich dort auch um die Vorsorgeuntersuchungen von Kindern – doch was tun, wenn sie dabei eine Krankheit feststellen und die Kleinen von einem Facharzt behandelt werden müssen oder eine Operation nötig ist? Für Schwangere gibt es immerhin eine Vereinbarung mit dem städtischen Klinikum: Nicht-Versicherte bekommen

bei der Straßenambulanz die erste Ultraschall- Untersuchung und werden ans Klinikum weiter verwiesen.

Dr. Fred-Jürgen Beier richtet einen Appell an alle Nürnberger: „Es geht nicht darum, staatliche Verantwortung zu privatisieren, sondern darum, Notlösungen zu finden, solange es keine staatliche Entscheidung gibt, dass jeder Mensch – egal welcher sozialen Herkunft und Staatsangehörigkeit – eine ausreichende medizinische Versorgung bekommt.“ Ute Wolf

① Spenden bitte an den Caritasverband Nürnberg, Straßenambulanz Franz von Assisi, Stichwort „Hilfsfonds Armut und Gesundheit“, Konto 1702259 bei der Sparkasse Nürnberg, BLZ 76050101.

Armut und Gesundheit in Zahlen

- ▶ Im obersten Viertel der sozialen Schichten Deutschlands haben Männer im Durchschnitt eine zehn Jahre höhere Lebenserwartung, Frauen leben fünf Jahre länger.
- ▶ In den vergangenen drei Jahren wurden rund 28000 Euro aus dem Hilfsfonds „Armut und Gesundheit“ für Menschen in gesundheitlichen Notlagen zur Verfügung gestellt.
- ▶ Laut Bundesregierung leben in Deutschland derzeit 130000 Menschen, die nicht krankenversichert sind.
- ▶ Die Caritas-Straßenambulanz „Franz von Assisi“ behandelt pro Jahr etwa 1200 Patienten – Tendenz steigend. 55 Prozent der heuer dort betreuten Menschen hatten keine Krankenversicherung; 2004 betrug der Anteil der Nicht-Versicherten erst 25 Prozent. Außerdem besaßen 70 der in der Einrichtung medizinisch versorgten Kinder keinen Versicherungsschutz.
- ▶ Bis zum sechsten Lebensjahr eines Kindes sind fünf Impfungen vorgeschrieben. Die Kosten pro Impfung betragen jeweils mindestens 65 Euro; allein für die Impfungen der 70 Kinder würden also 22750 Euro anfallen. *uwo*